



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Start der Vernehmlassung über zusätzliche, zeitlich limitierte Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung
Für Rückfragen	Kathrin Bertschy, Nationalrätin, 078 667 68 85 Tiana Moser, Fraktionspräsidentin, 076 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern, Tel +41 31 311 33 03 schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	18. September 2015

Der Vorentwurf des Bundesrates setzt die richtigen Impulse

Für die Grünliberalen gehen die heute vom Bundesrat kommunizierten Änderungen über das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in die richtige Richtung. Wie der Bundesrat orten die Grünliberalen in der Höhe der Drittbetreuungskosten sowie auch im ungenügenden Angebot der Tagesstrukturen erhebliche Mängel. In Zeiten in denen die Masseneinwanderung umzusetzen und das inländische Arbeitskräftepotential auszuschöpfen sind, ist das vorgeschlagene Impulsprogramm folgerichtig. Ob diese Programme allerdings ausreichend sind, um in genügend rascher Zeit den notwendigen Wertewandel in der Gesellschaft voranzutreiben, bezweifeln die Grünliberalen.

Das diese beiden neuen Finanzhilfen zeitlich limitiert werden, erachten die Grünliberalen sinnvoll.

In der Vorlage nicht enthalten sind die Vorschläge des Departements wie bürokratische Hürden und Vorschriften bei der Kinderbetreuung im ausserfamiliären Bereich abgebaut werden können. Wir erwarten, dass hier das zuständige Departement nachbessert.

„Gerade für Eltern mit Schulkindern ist es essentiell zu wissen, dass ihre Kinder den ganzen Tag gut betreut sind. In manchen Orten gleichen die Tagesstrukturen eher einem Flickwerk und bieten den Schulkindern zusätzliche Herausforderungen, um zeitgerecht von einem Angebot zu anderen zu gelangen. Das sind keine guten Grundvoraussetzungen, um Eltern zu begeistern, ihre Pensen für die Arbeit ausser Haus zu erhöhen“, meint die glp Fraktionspräsidentin Tiana Moser.

„Diverse Studien haben aufgezeigt, dass sich ein Zweiteinkommen nicht immer lohnt. Nach Abzug der Drittbetreuungskosten und der zusätzlichen Steuern bleibt oft zu wenig vom zusätzlichen Verdienst übrig. Dass der Bundesrat hier nun den Hebel ansetzt, ist überfällig“, ist Nationalrätin Kathrin Bertschy überzeugt.